

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

21. Sitzung
14. März 2013

Beginn: 13.16 Uhr
Schluss: 15.17 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage 1
Vorsitz: Frau Abg. Renate Harant (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1. Der Senat wird durch Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss), Herrn Staatssekretär Rackles (SenBildJugWiss) und Frau Staatssekretärin Klebba (SenBildJugWiss) repräsentiert.
2. Der Ausschuss kommt überein, Tonaufnahmen zuzulassen.
3. Herr Dr. Müller, TSB Technologiestiftung Berlin, Bereichsleiter MINT-Bildung, sagt zu, die im Rahmen der Führung im Vorfeld der Ausschusssitzung gezeigten Präsentationen per E-Mail zu übermitteln.
4. Dem Ausschuss liegt die Einladung mit der Tagesordnung und die Mitteilung zur Einladung vom 07.03.2013 vor. Die Tagesordnung soll – vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses – um folgenden Punkt 4 (neu) ergänzt werden:

Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin
**Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung
über die Aufnahme in Schulen besonderer
pädagogischer Prägung**
VO-Nr. 17/078, Drucksache 17/0813
(auf Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der
Piratenfraktion)

[0102](#)
BildJugFam

Herr Abg. Özişik (SPD) und Herr Abg. Schlede (CDU) widersprechen der Ergänzung der Tagesordnung.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, die Tagesordnung nicht um Punkt 4 (neu) zu ergänzen.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Was bedeuten die Verhandlungsergebnisse von Potsdam aus Sicht des Senats für die Berliner Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und insbesondere die nicht-verbeamteten Berliner Lehrerinnen und Lehrer?“
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
2. „Wann wird der Senat einen Vorschlag für die notwendige Gesetzesänderung für die Lehrerbildung und die entsprechenden Verordnungen vorlegen?“
(auf Antrag der Fraktion die Linke)

Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss) und Herr Jammer (SenFin), Leiter des Referats II C, Grundsatzangelegenheiten der Personalpolitik des Landes Berlin, beantworten die Fragen.

b) **Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz**

Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss) berichtet von der 341. Kultusministerkonferenz am 07./08. März 2013 zu dem Thema Lehrerausbildung, insbesondere zur Verbesserung der beruflichen Mobilität von Lehrern und zum gleichberechtigten Zugang zum Referendariat.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Außerschulische naturwissenschaftlich-technische
Lernangebote**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0108](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Prof. Dr. Bongardt, Vizepräsident Freie Universität Berlin,
- Frau Prof. Dr. Skiebe-Corrette, Freie Universität Berlin, Leiterin Nat Lab, Fachbereich Biologie, Chemie, Pharmazie,
- Herr Dr. Müller, TSB Technologiestiftung Berlin, Bereichsleiter MINT-Bildung und
- Herr Gollub, Arbeitgeberverband Gesamtmetall, Projektleiter THINK ING.

Nach der Aussprache, in deren Rahmen Frau Sen Scheeres (SenBildJugWiss) Stellung nimmt, wird die Besprechung zu Punkt 2 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Bericht SenBildJugWiss – II C 1.2 – vom 18.09.2012
Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft
Entwicklung eines Finanzierungsmodells auf der
Basis von Musterschulen
– Schlussbericht –
Rote Nummer 0104 D

[0077](#)
BildJugFam
Haupt

Im Vorfeld der Sitzung wurde ein von den Fraktionen der SPD und der CDU erarbeiteter Vorschlag zur Stellungnahme per E-Mail an die Ausschussmitglieder übersendet. Den Ausschussmitgliedern liegt nachfolgende leicht modifizierte Fassung als Tischvorlage vor, die den ursprünglichen Vorschlag ersetzt:

„Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie nimmt nach Anhörung von Vertreterinnen und Vertretern der Schulen in freier Trägerschaft am 14. Februar 2013 zum Schlussbericht SenBildJugWiss vom 18. September 2012 wie folgt Stellung:

1. Der Ausschuss begrüßt den Ansatz, als Grundlage für eine künftige Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft die Kosten der öffentlichen Schulen anhand von Musterschulen differenziert nach Personal- und Sachkosten zur Ermittlung von Schülerkostenansätzen zu nutzen. Dabei ist eine Besserstellung der Schulen in freier Trägerschaft gegenüber den Schulen in öffentlicher Trägerschaft auszuschließen.
2. Der Ausschuss empfiehlt, Zuschüsse für Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache und mit Lernmittelbefreiung sowie für Schülerinnen und Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf, die integrativ unterrichtet werden, gesondert auszuweisen und nur an die Schulen in freier Trägerschaft zu zahlen, die entsprechende Schülerinnen und Schüler haben. Dies trägt zu mehr Gerechtigkeit zwischen den Schulen in freier Trägerschaft bei. Für die Zahlung der Zuschüsse sollten aus Gründen der Gleichbehandlung die gleichen Voraussetzungen gelten wie für öffentliche Schulen.
3. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft wird bis zum 31. Dezember 2013 gebeten, auf dieser Grundlage möglichst einvernehmlich mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen in freier Trägerschaft ein konkretes Finanzierungsmodell zu entwickeln und einen Zeitplan für dessen Umsetzung vorzuschlagen.
4. Das neue Finanzierungsmodell soll möglichst einfach und nachvollziehbar sein. Es soll für die Schulen in freier Trägerschaft eine verlässliche Grundlage für ihre Planungen bilden. Gleichzeitig ist der bürokratische Aufwand für alle Seiten möglichst gering zu halten. In angemessenen Zeitabständen (spätestens alle 4 Jahre) sollte gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulen in freier Trägerschaft geprüft werden, ob die Grundlagen der Finanzierung, insbesondere die Personal- und Sachkosten, noch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen. Über eine angemessene Berücksichtigung der

Entwicklung der Personalkosten sollte eine Verständigung gefunden werden ausgehend vom jetzigen Verfahren. Eine automatische Anpassung wird ein neues Finanzierungsmodell nicht vorsehen.“

Herr Abg. Schlede (CDU) begründet den von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Vorschlag für eine Stellungnahme.

Im Anschluss an die Aussprache stimmt der Ausschuss einzeln über die in der Sitzung von den Fraktionen eingebrachten nachfolgenden Änderungsanträge wie folgt ab.

1. Antrag der Piratenfraktion:

Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion sowie der Stimme der Abgeordneten Kittler der Fraktion Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Enthaltung der Abgeordneten Möller der Fraktion Die Linke, den Änderungsantrag abzulehnen.

2. Antrag der Fraktion Die Linke:

In Absatz 1 Satz 1 wird nach „Personal- und Sachkosten“ eingefügt: „sowie Gebäude- und Verwaltungskosten“.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, den Antrag anzunehmen.

3. Antrag der Fraktion Die Linke:

In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „sonderpädagogischer Förderbedarf“ das Komma sowie der nachfolgende letzte Halbsatz durch den Halbsatz „nach den gleichen Verfahren zuzumessen wie an öffentlichen Schulen“ ersetzt. Satz 2 und Satz 3 bleiben unverändert.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der Piratenfraktion, den Antrag anzunehmen.

4. Der Ausschuss stimmt sodann einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der Piratenfraktion Absatz 3 zu.

5. Der Ausschuss stimmt ferner einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Die Linke bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion Absatz 4 zu.

Abschließend beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der Piratenfraktion, die Stellungnahme an den Hauptausschuss zu dem Bericht SenBildJugWiss – II C 1.2 – vom 18.09.2012 in der so geänderten Fassung (Anlage 2) anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

1. Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass Frau Hüfken ab 1. März 2013 als Referentin für die Betreuung des Ausschusses zuständig ist.
2. Die Vorsitzende schlägt vor, die 25. Sitzung am 22. August 2013 und die 27. Sitzung am 19. September 2013 für die Beratungen über den Haushaltsplan 2014/2015 zu nutzen. Nähere Informationen werden durch das Ausschussbüro per E-Mail übermittelt.
3. Die nächste (22.) Sitzung findet am Donnerstag, 11. April 2013, 13.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Der Schriftführer

Renate Harant

Tim-Christopher Zeelen